Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 206 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: Million Mark freibleibend. — — Einzelnummer 150000 Mark. — — | Halver Freitag, den 19. Oktober 1923 | — Anzeigenpreis nach Grundpreisen und Schlüsselzahl. — Anzeigenpreis pro mm 40 Mk., Anzeigen für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 60 Mk; Reklamen 100 Mk. — Schlüsselzahl z. Zt. 600000. — Grundpreis mal Schlüsselzahl ergibt den Millimeterpreis. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Zusammenkunft zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel soll nunmehr am 21. Oktober erfolgen.

* Vom 18. Oktober an werden die Telegraphen- und Fernsprechgebühren verfünffacht.

* Präsident der neuen Rentenbank soll der frühere preußische Finanzminister Dr. Lentze werden.

* Die Eisenbahner im besetzten Gebiet verhandeln noch mit den französischen Stellen über Art und Umfang der Einstellung zum Dienst.

* Masaryk, Präsident der tschechoslowakischen Republik, weilt in Paris und tauscht mit Millerand Verbrüderungsreden aus.

Der neue Schritt Deutschlands.

„Poincaré macht die „Rückkehr zur Arbeit" im Ruhrgebiet zum Vorwand für die Errichtung einer vollständigen wirtschaftlichen und politischen Kontrolle. Er unterstellt französischer Verwaltung den einzigen Teil Deutschlands, aus dem im besten Falle für lange Zeit irgendwelche Entschädigungen kommen können und erschüttert zu gleicher Zeit bis in die Grundlagen den ganzen deutschen Staat, mit dem allein endgültige Unterhandlungen eingegangen werden können."

So schreibt ein liberales englisches Blatt. Treffender kann die gegenwärtige Situation, kann die Politik Poincarés nicht gekennzeichnet werden. Und in diese Situation, diese Politik hinein erfolgt ein neuer Schritt Deutschlands in Paris, der soeben durch unsern Geschäftsträger v. Hoesch bei einem Besuch Poincarés unternommen wurde. Zweifellos wird damit die Absicht der deutschen Regierung kundgetan, die Frage der Sachlieferungen irgendwie ins Rollen zu bringen. Zwar haben die Franzosen durch Verhandlungen mit den Industriellen sich Sachlieferungen gesichert, fahren ebenso fort, Kohlen und Koks zu beschlagnahmen; das alles ist aber solange kein Schritt für die wirkliche Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet, bleibt eine praktische Unmöglichkeit, als die Frage der Bezahlung dieser Sachlieferungen nicht geregelt ist, solange das Reich nicht zu Abmachungen mit Frankreich über die Frage der Entschädigung an die Lieferanten gekommen ist. In den bekannten Leitsätzen, die bei Beginn der Verhandlungen zwischen den Industriellen und Degoutte der Reichsregierung unterbreitet worden waren, findet sich auch als erster die — selbstverständliche — Forderung, sowohl für die geraubten Kohlen wie für die zukünftigen Lieferungen vom Reich Bezahlung zu erhalten. Das heißt also, das Verhältnis wiederherzustellen, wie es vor der Einstellung der deutschen Sachlieferungen eingerichtet war, denn wenn das Reich diese Zahlungen verweigert, können die Werke weder produzieren noch liefern, weil sie ja von Frankreich Bezahlung nicht erhalten, sondern der Betrag „dem deutschen Reparationskonto gutgeschrieben" wird.

Damit wird das gesamte Problem der Zahlungsfähigkeit Deutschlands angeschnitten. Weigert sich Poincaré irgendwie auf deutsche Vorschläge einzugehen — was er wohl wieder offen oder verklausuliert tun wird —, so kann Deutschland nun nicht einfach durch Privatabmachungen mit Lieferanten die Zahlungen decken, sondern — und das ist wohl auch die Absicht Poincarés — muß die ganze Sache vor die Reparationskommission bringen. Und das heißt, ihre Erledigung verzögern. „Wenn Poincaré seinen Willen durchgesetzt hat, mögen vielleicht Unterhandlungen beginnen. Es ist aber nicht recht klar, was dann für ein Unterhandeln überhaupt noch übrig sein wird," schreibt jene englische Zeitung. Weil er bis dahin sein Ziel, die politische und wirtschaftliche Unterjochung des besetzten Gebietes, erreicht haben wird.

Deutschland kann aber gar nicht „aus menschlichen Erwägungen heraus" nun das gesamte Ruhrgebiet nach wie vor unterhalten. Damit würde es den Rest Deutschlands ganz ruinieren. Es muß einfach derartige Zahlungen ablehnen, wenn nicht die Regelung von Staat zu Staat erfolgt. Obwohl zweifellos in Paris dann wieder über den „mangelnden guten Willen" Deutschlands geschrien und geschrieben werden wird. In dem Brief Dr. Stresemanns an Stinnes hat der Reichskanzler auch diesen Standpunkt ganz offen zum Ausdruck gebracht. Frankreich will das parieren durch die Einziehung der Steuern im besetzten Gebiet; ein offenbar von Poincaré beeinflußter „Temps"artikel deutet das an. Oder man greift zu anderen Zwangsmaßnahmen.

Die Lage ist also außerordentlich verwickelt, zumal ja gleichzeitig von Belgien und — wenn auch mit geringem Nachdruck — auch von England aus versucht wird, das Reparationsproblem, zu dem ja die Sachlieferungen auch gehören, in seiner Gesamtheit ins Rollen zu bringen. Aber alles hängt von der Entscheidung in Paris, von der Antwort ab, die Poincaré auf unsere Vorschläge machen wird. Und über diese soll man sich wirklich keinen großen Hoffnungen mehr hingeben. Weigert sich Frankreich, irgendwie einzugehen auf das, was wir ihm zu sagen haben, so wird es sehr bald vor die Notwendigkeit gestellt sein, nun von sich aus die Verhältnisse im Ruhrgebiet zu ordnen, es überhaupt erst wieder auf die Beine zu stellen, ehe es an seine „Ausbeutung" herangeht. Es muß dann selbst erst seine „produktiven Pfänder" — produktiv machen.

Rentenmark und Papiermark.

Der Beschluß des Reichskabinetts, zu einer neuen Währung überzugehen, hat vorläufig kaum eine Einwirkung auf den Geldmarkt ausgeübt. Der Dollar ist an der Berliner Börse sogar nach der Verkündigung des Kabinettsbeschlusses gestiegen, die Reichspapiermark gefallen. Der Übergang zur neuen Rentenmark wurde wie folgt bekanntgegeben:

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung die Errichtung einer deutschen Rentenbank beschlossen. Die Papiermark bleibt das gesetzliche Zahlungsmittel. Neben der Papiermark ist in der von der deutschen Rentenbank auszugebenden Rentenmark ein wertbeständiges Umlaufmittel geschaffen, das von allen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden wird. Die Rentenmark ist gesichert durch auf Goldmark lautende erststellige Grundschulden auf dem gesamten deutschen Grundbesitz und erstrangige Goldobligationen der Industrie, des Handels und der Banken. Sie ist jederzeit einlösbar gegen verzinsliche Goldrentenbriefe. Es darf mit Zuversicht erwartet werden, daß dieses neue Zahlungsmittel, das nach seiner Eigenart das Höchstmaß an Sicherheit bietet, im Verkehr mit uneingeschränktem Vertrauen aufgenommen wird.

Diese von der Reichsregierung beschlossenen Maßnahmen sind eine Zwischenstufe zur endgültigen Lösung der Währungsfrage, die nur in der Rückkehr zur Goldwährung bestehen kann.

*

Zwischenlösung in der Währungsfrage.

Selbst zugegeben, daß die neue Währung eine halbe Maßregel ist, zugegeben auch, daß der ganze Plan noch nach einer ganzen Reihe von Richtungen ausbaubedürftig ist, zugegeben schließlich, daß der Erfolg auf Tod und Leben gebunden ist an eine vernünftige Regelung der Reparationsfragen, so bleibt doch nichts anderes übrig, als dem ganzen Vorhaben der Regierung ein Vertrauen zu schenken, das sich angesichts der Lücken und Mängel vielleicht schwer einstellen wird, aber einstellen muß, soll nicht das Elend nun wirklich ganz unüberwindbar werden.

Die Lücken und Mängel sind natürliche, sind zu verstehen angesichts der Tatsache, daß man aus einer ganzen Reihe von Projekten das für den Augenblick richtige oder richtig erscheinende herausnehmen mußte; aber es muß doch betont werden, daß die maßgebenden Kreise unserer Wirtschaft dem neuen Projekt ihre Zustimmung gegeben haben. Das Reich selbst stellt ja keine Kraft mehr dar, aber was in dem deutschen Volke beim Hinschwinden der Staatsgewalt an gesunden Kräften noch vorhanden war, das äußerte sich in der Wirtschaft. Und wenn deren Führer durch die Unterschrift auf die Geldscheine, die von der neuen Rentenbank herausgegeben werden, ihr Vertrauen zu der neuen Währung beweisen oder zum mindesten die Notwendigkeit der vorliegenden Lösung anerkennen, so ist nur zu wünschen, daß die neue Währung nun auch im Volke nicht auf Mißtrauen stößt.

Das Vertrauen, das nun entgegengebracht werden soll und das der eigentliche und letzte Grund für das Gelingen oder Mißlingen des ganzen Planes ist, hat zweifellos eine gewisse Berechtigung. Denn die sachliche Sicherung ist auf das festeste und sorgfältigste ausgebaut, sie ist fundiert auf unsere Wirtschaftswerte, die ausnutzbar sind. Diese Werte sind der Grund und Boden, sind die Werte der schaffenden Industrie und des Handels. Zu diesen Kräften und Werten hat ja, so merkwürdig das klingt, sogar das Ausland noch Vertrauen: Immer wieder betont Frankreich, man könne es verstehen, wenn das Deutsche Reich als solches sich für zahlungsunfähig erkläre, aber die deutsche Wirtschaft sei auch jetzt noch zahlungsfähig. Gewiß ist namentlich durch die Lage im Ruhrgebiet die deutsche Wirtschaft ganz außerordentlich geschwächt, aber die Werte, die sie aufweist, können doch als Grundlage für die umlaufenden Zahlungsmittel als hinreichend angesehen werden.

Eine Sicherung liegt auch im Verfahren selbst. Hier steht der Einlösungsgedanke im Vordergrund. Seit dem 4. August 1914 sind ja die deutschen offiziellen Zahlungsmittel nicht mehr einlösbar, und dieser Zustand ist mit einer der Gründe, der das Vertrauen des Volkes, das Vertrauen auch des Auslandes zu unserer Währung untergrub. Diesem Zustande soll nun bei der neuen Währung ein Ende gemacht werden, indem die neuen Rentenmarkscheine tatsächlich einlösbar sind. Es werden nämlich nur soviel herausgegeben, als Rentenbriefe im Tresor der neuen Rentenbank liegen, und jeder Besitzer des neuen Rentenmarkscheines über 500 Mark hat das Recht, diesen Betrag sofort gegen einen solchen Rentenbrief umzutauschen. In diesem wirksamen Moment kommt bei dem neuen Plan ein Grundzug des Helfferichschen Planes zur Verwirklichung. Damit soll erreicht werden, daß nicht, wie bei den Dollarschatzanweisungen, eine Golddeckung vorhanden ist, sondern daß darüber hinaus die Deckung und damit die Einlösbarkeit durch die gesamte deutsche Wirtschaft garantiert wird.

Ein Sicherungsmoment liegt auch in den außerordentlich weitgehenden Anordnungen über die Tilgung des Kapitals der Bank. Die Grundschuld bzw. die Goldobligationen in Höhe von 3,2 Milliarden Rentenmark und die darauf sich stützenden Rentenbriefe liegen solange in den Tresors der Bank, bis sie durch Inhaber von Rentenmark in Mindesthöhe von 500 Rentenmark abgerufen werden können. Daraus ergibt sich, daß zwar die 6 prozentige Verzinsung dieses Kapitals durch die Zahlungen der Landwirtschaft und der Industrie sofort einsetzt, die Verzinsung der ausgegebenen Rentenbriefe an die Inhaber aber nur ganz langsam anschwellen wird, da ferner die Verzinsung an diese Inhaber von Rentenbriefen 1 % weniger beträgt, als der Bank von seiten der Grund- usw. Schuldner zugeführt wird. Außerdem fließen der Bank — alles in Rentenmark — die 6 % Zinsen von dem 1200-Millionenkredit zu, der von der Rentenbank durch die Reichsbank der Industrie zur Verfügung gestellt wird. Und schließlich muß auch das Reich für einen Kredit in gleicher Höhe, den es von der Rentenbank erhält, an sie gleichfalls 6 % abführen. Auch bei der Verteilung des herauskommenden Gewinnes wird in Höhe von 40 % zuerst an die Tilgung herangegangen, solange, bis der 300-Millionenkredit, den außerdem noch das Reich, diesmal aber als zinsloses Darlehn, erhält, vollständig abgedeckt ist; dann vermindert sich die Tilgungsquote auf 30 %.

Und schließlich wird das psychologische Moment seine Wirkung nicht verfehlen, das in der Verstopfung der eigentlichen Inflationsquelle, nämlich dem Aufhören des Papiernotendrucks, liegt. Die Reichsbank darf von dem Augenblick an, da die Rentenbank in Aktion tritt, Schatzanweisungen des Reiches nicht mehr diskontieren, also den Druck von neuen Noten nicht mehr veranlassen. Wird doch jetzt der Bedarf an Zahlungsmitteln eben nicht mehr in der alten Form gedeckt, sondern mit Hilfe der neuen Währung. Die Situation wird eine ganz andere und eine hoffentlich bessere, wenn angesichts aller dieser sichernden Momente der neuen Währung eben das Vertrauen entgegengebracht wird, das sie wohl für sich verlangen kann.

Das Ganze ist aber nur eine Zwischenlösung: freilich ist es bedauerlich, daß vor dieser Zwischenlösung noch eine Hilfs-Zwischenlösung eingeschaltet werden muß dadurch, daß im Rahmen des Gesetzes die Goldanleihe um 200 Millionen vermehrt wird, wobei der Betrag aber noch weit unter den von dem Gesetz vorgesehenen 500 Millionen Goldmark bleibt.

Der Sprung ist getan; nun gilt es, in dem reißenden Strom auch vorwärts zu kommen.

*

Verwaltung und Ausgabe.

Die deutsche Rentenbank wird von Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des Gewerbes, des Handels und der Banken errichtet werden. Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind aus führenden Kreisen der gesamten deutschen Wirtschaft bereits gewählt. Der Auftrag zur Ausfertigung der Rentenbankscheine, die die Unterschrift dieser Persönlichkeiten tragen werden, ist erteilt worden. Die deutsche Rentenbank wird dem Reich Zahlungsmittel im Betrage von 1,2 Milliarden Rentenmark zur Verfügung stellen. Gleichzeitig mit der Ausgabe der Rentenmark wird die Reichsbank die Diskontierung von Schatzanweisungen des Reiches einstellen. Dadurch wird die Inflationsquelle der Papiermark geschlossen und für die Reichsbank die Bahn zur Wiedergewinnung ihrer Eigenschaft als einer wahren Goldnotenbank freigemacht. Die Rentenmark wird in einigen Wochen im Verkehr erscheinen. Um baldmöglichst viel wertbeständige Zahlungsmittel in den Verkehr zu bringen, hat die Reichsregierung außerdem die Ausgabe von kleinen Stücken der Goldanleihe (1,2 und 5 Dollar) bis zum Betrage von 200 Millionen Goldmark beschlossen. Damit nicht auf die Dauer zu viel verschiedenartige Zahlungsmittel im Verkehr bleiben, ist das Reich bereit, im Laufe des Januar des nächsten Jahres die kleinen Goldanleihescheine auf Wunsch in Rentenmark umzutauschen. Wer die Goldanleihe als Anlagepapier behalten will, wird hieran nicht gehindert werden.

Der Verwaltungsrat der Rentenbank besteht aus vierzehn Mitgliedern und setzt sich nach den Wirtschaftsständen folgendermaßen zusammen: Landwirtschaft: Abg. Dr. Roesicke, Vorsitzender des Reichslandbundes; Abg. Dietrich, Vorsitzender des Generalverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften; Regierungsrat Dr. Gennes, Vorstand des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften; Dr. Crone-Münzebrock, Geschäftsführendes Mitglied der deutschen Bauernvereine; Hilger, Vorsitzender des Reichslandbundes; Bauernführer Dr. Heim und Brandes. Industrie: Abg. Sorge, Mitglied des Fried.-Krupp-Direktoriums; Abg. v. Siemens und Geheimrat Bücher vom Reichsverband der deutschen Industrie; Großbanken: Urbig, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft; Direktor Wassermann, Vertreter der Deutschen Bank. Groß- und Kleinhandel: Abg. Kleinath, Geschäftsführer des Zentralverbandes für den deutschen Großhandel und Großkaufmann Grünfeld.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz.

Zwischen der Regierung und den Koalitionsparteien sind die Besprechungen über das Arbeitszeitgesetz aufgenommen worden. Daneben liefen Verhandlungen mit den Gewerkschaften. Die Plenarsitzung des Reichstages, in der das Arbeitszeitgesetz zur Verhandlung kommen soll, ist für Dienstag nächster Woche vorgesehen. Man rechnete darauf, daß sich eine weitere Verschiebung vermeiden lassen werde.

Verfünffachte Telegraphen- und Fernsprechgebühren.

Zum 20. Oktober werden die Sätze des Brief- und Paketverkehrs im allgemeinen verdoppelt, die Gebühren des Telegraphen- und Fernsprechverkehrs werden am gleichen Tage sogar auf das Fünffache erhöht. Ein Ortsgespräch kostet dann also 50 Millionen.

Gewerkschaften und Wirtschaftslage.

Im Reichswirtschaftsrat traten die Bundesvorstände der drei freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu einer Aussprache über die wirtschaftliche Lage zusammen. Die Reichsregierung war durch mehrere Referenten des Wirtschafts-, Finanz- und Ernährungsministeriums vertreten. In einer Entschließung wird u. a. erklärt, daß nur rasche und tiefgreifende Maßnahmen den völligen Zusammenbruch verhindern können. Die Ordnung der Währung und der Staatsfinanzen müsse sofort herbeigeführt werden. Die Beschränkung des hemmungslosen Gewinntriebes, die Erzwingung eines erheblichen Preisabbaues und damit Stärkung der Konsumkraft, sind notwendige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wiedergesundung. Alle Mittel der Staatsgewalt müssen eingesetzt werden, um zu verhindern, daß das Volk bei vollen Scheunen verhungert.

Die neue Regierung Thüringens.

Im Thüringischen Landtag gab der Abg. Knauer (Soz.) folgende Ministerliste bekannt: Inneres: Staatsminister Hermann (wie bisher), Finanzen: Hartmann (Soz.), Justiz: Oberlandesgerichtsrat Dr. Korsch-Jena (Komm.), Volksbildung: Greil (Soz.), Wirtschaft: Tenner (Komm.). Als Staatsräte für die nicht vertretenen Gebiete werden vorgeschlagen für Sondershausen Abg. Bielig (Soz.), für Gotha Abg. Dr. Neubauer (Komm.) und für Altenburg Abg. Frölich (Soz.). Ein Antrag der V. S. P. D. und K. P. D.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 19. Oktober 1923.

□ **Warnung vor Einwanderung nach der Türkei.** Die Einreise in die Türkei ist jetzt nur noch den türkischen Vorschriften unterworfen. Beängstigend ist aber der Zuzug von Reichsdeutschen nach Konstantinopel und Anatolien. Sie sind meistens mittellos und glauben, es gäbe dort Arbeit in Hülle und Fülle. Es sei eindringlich darauf hingewiesen, daß die Wirtschaftslage in der Türkei zurzeit sehr ungünstig ist, und daß einträgliche Stellungen für Deutsche so gut wie gar nicht vorhanden sind. Jedermann sei daher hiermit vor der Auswanderung nach der Türkei gewarnt.

□ **Postgebühren im Auslandsverkehr.** Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr nach dem Ausland ist mit Wirkung vom 18. Oktober an auf 912 Millionen Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskunft erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

□ **Versicherung von Postpaketen.** Der Ersatz, den die Reichspostverwaltung für verlorene oder beschädigte Pakete leistet, reicht gewöhnlich nicht aus, den wirklich entstandenen Schaden auch nur annähernd zu decken; außerdem folgt die Erhöhung der gesetzlichen Ersatzbeträge der Geldentwertung in so weitem Abstande, daß die Spanne zwischen Schaden und Ersatz immer größer wird. Aus diesem Grunde hat die Europäische Güter- und Reisegepäckversicherung A. G. einen neuen Versicherungszweig, die Versicherung von Postpaketen, aufgenommen. Hoffentlich macht man mit dieser Versicherung nur gute Erfahrungen — bei der nichtamtlichen Versicherung von Bahngepäck ist das durchaus nicht immer der Fall.

—* In der **Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung** sind durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 1. Oktober ds. Js. ab neue Lohnklassen und Beiträge eingeführt, die durch Verzehnfachung des Jahresarbeitsverdienstes und der Beiträge bestehender Lohnklassen gebildet wurden. Für diese neuen Lohnklassen sind besondere Beitragsmarken nicht gedruckt worden, die vorhandenen werden zum zehnfachen des aufgedruckten Nennwertes verkauft. Es gelten ab 1. Oktober:

Lohnklasse	Jahresarbeitsverd. bis zu		Wochenbeitrag		Nennwert der Marke
36	14,4	Milliarden Mk.	1.4	Millionen Mk.	140 000 Mk.
40	18	„ „	5,7	„ „	570 000 „
41	24	„ „	7,4	„ „	740 000 „
42	36	„ „	10,6	„ „	1 060 000 „
43	48	„ „	14,8	„ „	1 480 000 „
44	60	„ „	19	„ „	1 900 000 „
45	84	„ „	25	„ „	2 500 000 „
46	120	„ „	36	„ „	3 600 000 „
47	180	„ „	52	„ „	5 200 000 „
48	240	„ „	74	„ „	7 400 000 „
49	300	„ „	94	„ „	9 400 000 „
50	über 300	„ „	116	„ „	11 600 000 „

Die Beitragsmarken der vorstehenden Lohnklassen sind nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers grundsätzlich auch für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober ds. Jrs. zum zehnfachen Nennwert zu verwenden. Nur wenn und soweit einem Arbeitgeber die rechtzeitige Beschaffung von Marken vor dem 1. Oktober infolge eines Umstandes, den er nicht zu vertreten hat, unmöglich war, kann er nach einem kürzlichen Erlaß des Reichsarbeitsministers bei der Landesversicherungsanstalt die Abgabe von Marken zum aufgedruckten Geldwert beantragen. Dabei werden aber nach diesem Erlaß im allgemeinen nur Beitragszeiten der jüngsten Vergangenheit in Frage kommen können; säumige Arbeitgeber haben keinen Anspruch auf Lieferung von Marken zum Nennwert, ihre Versicherten sind auch für rückliegende Zeiten in die vorstehenden erhöhten Lohnklassen einzureihen. Dem Antrage auf Lieferung von Beitragsmarken zum aufgedruckten Nennwert ist der Betrag nebst Porto für Uebersendung der Marken beizufügen; der Betrag kann auch an die Markenberichtigungsstelle der Landesversicherungsanstalt auf Postscheckkonto Essen Nr. 7895 eingezahl, werden unter genauer Angabe auf dem Abschnitt, zu welchem Antrage das Geld gehört. Anfragen, die sich in zweifelhaften Fällen vorher empfehlen, ist Porto für die Antwort beizufügen. Die Landesversicherungsanstalt behält sich vor, einen Nachweis darüber zu verlangen, daß die beantragten Marken bis zum 30. September 1923 bei der Post nicht zu kaufen waren; soweit möglich, ist ein solcher Nachweis dem Antrage gleich beizulegen. Auch die Einforderung der Quittungskarten und Lohnlisten bleibt vorbehalten. Es kommen nur solche Beitragsrückstände in Betracht, die spätestens am 30. September fällig waren, die Marken dafür werden zum einfachen Wert abgegeben und nach einfachem Jahresarbeitsverdienst bemessen; später fällig gewordene, sind nach zehnfachem Maße zu erheben. Mit Rücksicht auf die Geldentwertung kann die vielen Arbeitgebern erteilte Genehmigung, die Beitragsmarken zu einer späteren Zeit als bei der Lohnzahlung zu verwenden nicht mehr aufrecht erhalten werden, diese Genehmigungen sind als erloschen zu betrachten; ebenso können Anträge auf Lieferung von Marken zum Nennwert, die nach Ablauf des Monats Oktober bei der Landesversicherungsanstalt eingehen, nicht mehr berücksichtigt werden. Die Marken werden von der Landesversicherungsanstalt nur entwertet geliefert.

—* **Not der Presse.** Die „Remscheider Zeitung" hat nach 75jährigem Bestehen ihr Erscheinen eingestellt.

& **Halver,** 19. Okt. Am heutigen Tage begeht Theodor Enneper hierselbst seinen 85. Geburtstag. Derselbe erfreut sich eines für das hohe Alter noch außergewöhnlichen körperlichen und geistiger Gesundheit, Rüstigkeit und Frische. Am 29. März 1921 war es ihm mit seiner Gattin vergönnt, bei beiderseitiger Gesundheit das Fest der Goldenen Hochzeit zu begehen, doch am 23. Dezember desselben Jahres löste der Tod den Ehebund, indem er ihm die Gattin von der Seite riß. Lange hat er in früheren Jahren der Vertretung der politischen Gemeinde angehört. Auch die größere kirchliche Gemeindevertretung erfreute sich lange Jahre seiner Mitberatung und Mitwirkung. Noch heute wohnt er sehr regelmäßig, fast allsonntaglich, dem Gottesdienste bei. Wir beglückwünschen den Jubilar zu dem heutigen Tage. Möge ihm noch manches Jahr von weiterer Rüstigkeit und Frische verliehen sein.

× **Schalksmühle,** 14. Okt. Sterbekasse Nachbarschaft Volme. Der Vorstand der Nachbarschaft trat heute zu einer Sitzung zusammen, um darüber zu beraten, wie die Nachbarschaft über diese außerordentlich schwere Zeit hinüber gerettet werden könne. Die katastrophale Geldentwertung, wodurch sich eine Beerdigung z. Zt. auf etwa 50 Milliarden Mark beläuft, birgt auch für das Bestehen, dieser aus der Not der Zeit geborenen Vereinigung der Bürger Schalksmühle und Umgegend, die größten Gefahren in sich. Der Vorstand war einmütig der Meinung, diese sogenannte Notgemeinschaft für das Beerdigungswesen, unter keinen Umständen eingehen zu lassen. Notwendig sind dazu natürlich Opfer. Daß diese Opfer gerade in der heutigen Zeit der Arbeitslosigkeit für die Mitglieder besonders schwer sind, verkennt der Vorstand keineswegs. Wer aber ist denn heute in der Lage diese ungeheuren Kosten allein zu tragen? Beschlossen wurde, den Beitrag für das Vierteljahr Oktober — Dezember 1923 auf 200 Millionen Mark pro Mitglied festzusetzen. Wenn irgendwo, so muß sich hier die Nachbarschaft eng zusammenschließen um unsern Toten trotz aller Schwere der Zeit noch ein würdiges Begräbnis zu ermöglichen und dazu bedarf es großer Opfer aller Mitglieder. Wenn die Kassenbotin in den nächsten Tagen kommt, bringt das Opfer schnell und willig. Auskunft geben die Mitglieder des Vorstandes, sowie auch unsere Kassenbotin. Das Eintrittsgeld ist auf einen Vierteljahrbeitrag festgesetzt. Ferner müssen neu eintretende Personen den laufenden Vierteljahrbeitrag leisten. Bei großem Opfersinn aller Mitglieder wird es möglich sein, das Bestehen unserer guten und gemeinnützigen Sache zu sichern und unseren Toten auch fernerhin ein würdiges Begräbnis zu ermöglichen.

× **Kierspe,** 17. Okt. In der letzten Generalversammlung des Ziegenzuchtvereins wurde wegen der fortschreitenden Geldentwertung der halbjährige Beitrag auf 20 Millionen Mark und das Eintrittsgeld auf 25 Millionen Mark festgesetzt. Als Deckgeld soll für die Folge der Preis für 4 Liter Milch oder 10 Pfd. Hafer erhoben werden, letzterer kann auch in Natura geliefert werden.

Meinerzhagen, 16. Okt. Am letzten Sonntag fand unter dem Vorsitz des Amtmanns Vedder eine dringende Sitzung der Gemeindevertretung von Meinerzhagen statt, um der durch die hier herrschende große Arbeitslosigkeit enstandenen Notlage zu steuern. Einstimmig wurde von der Vertretung die große Not der Erwerbslosen anerkannt und beschlossen, daß sofort Abhilfe geschaffen werden muß. Es sollen daher Notstandsarbeiten ausgeführt werden. Zur Regelung der Erwerbslosenfürsorge und der Beschaffung der erforderlichen Mittel wurde eine Kommission gewählt. Der Kommission sind sämtliche erforderlichen Ermächtigungen zur Beschaffung der Arbeitsgelegenheit erteilt, insbesondere soll sie gemeinschaftlich mit dem Gemeindevorstand mit den zuständigen Stellen wegen der Beschaffung der erforderlichen Mittel in Verhandlung treten. Dem Gemeindevorstand wurde die Ermächtiguug erteilt, zur Beschaffung der erforderlichen Geldmittel entsprechende Anleihen aufzunehmen. Die finanzielle Lage der Gemeinde läßt indes nicht zu, daß alle als arbeitslos gemeldeten Arbeiter wahllos eingestellt werden. Aus diesem Grunde muß von vornherein, um die Maßnahmen wirksam durchführen zu können, eine Auswahl getroffen werden. Ebenso kann eine gedeihliche Durchführung dieses Vorhabens nur dann Erfolg haben, wenn von seiten der Industrie anch unter Opfern versucht wird, sowiel wie möglich die in ihrem Betrieb befindlichen Leute mit Arbeiten zu beschäftigen. Da unverzüglich durchgreifende Vorkehrungen getroffen werden müssen, findet mit der gewählten Kommission und den Vertretern der Industrie über die zunächst zu treffenden Maßnahmen eine Beratung statt.

Lüdenscheid, 18. Okt. Der Gewerberat Niemann aus Neustettin ist vom 1. Oktober 1923 ab mit der Verwaltung des Gewerbeaufsichtsamts Lüdenscheid beauftragt worden.

Westhofen, 17. Okt. Warnung für Reisende. In den letzten Tagen haben die Franzosen aus einer Reihe von Zügen eine große Anzahl von Personen herausgeholt, weil deren Pässe nicht in Ordnung waren. Die Reisenden tun gut, nicht ohne den neuen sechseckigen Stempel die Einreise in das besetzte Gebiet zu versuchen. Sie ziehen sich nur Scherereien zu und werden, sobald sie gefaßt werden, von den Franzosen rücksichtslos zurückgewiesen.

Altena, 16. Okt. Die über Nacht zum reißenden Fluß angeschwollene Lenne führte große Mengen Holz mit sich und den ganzen Tag über waren Erwachsene und Kinder eifrig damit beschäftigt, das angeschwemmte kostbare Gut zu bergen. Vorübergehend drang die Hochflut auch in die tiefergelegenen Straßen ein, sodaß der Durchgangsverkehr für Passanten unterbrochen war. Auf den im Lennegebiet liegenden, zum Teil noch nicht abgeernteten Kartoffel- und Rübenfeldern wurde durch die Fluten erheblicher Schaden angerichtet.

+ **Münster,** 17. Okt. Einführung wertbeständiger Versicherungssummen. Der Versicherungsverein gegen Haftpflicht für Landwirte der Provinz Westfalen hielt am 5. d. M. im hiesigen Geschäftshause eine außerordentliche Generalversammlung ab, in welcher die Einführung wertbeständiger Versicherungssummen als einziger Punkt der Tagesordnung zur Beratung stand. Die Gewährung eines wertbeständigen Versicherungsschutzes wurde seitens der anwesenden Mitglieder für unbedingt notwendig gehalten. Der § 11 der Satzungen wurde infolgedessen wie folgt abgeändert: „Der Verein gewährt vollen Ersatz für diejenigen Entschädigungen, welche ein Versicherter auf Grund gesetzlicher Haftpflicht zu leisten hat. 1. bei Personenschäden, wenn nur eine Person zu Schaden kommt, bis zu einem Betrage in Höhe des Geldwertes von 9000 Zentnern Roggen, wenn mehrere Personen durch dasselbe Ereignis zu Schaden kommen, bis zu einem Betrage in Höhe des Geldwertes bis zu 15000 Zentnern Roggen. 2. bei Sachschäden für jedes Ereignis bis zu einem Betrage in Höhe des Geldwertes von 3000 Zentnern Roggen. Als Wert des Roggens gilt die niedrigste amtliche Notierung der Berliner Börse und zwar die letzte, die der jeweils zu leistenden Zahlung vorangeht. Auf Antrag und gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlages kann der Versicherungsschutz auf noch höhere Personen- und Sachschäden ausgedehnt werden. Diese Satzungsänderung tritt nach dem Beschluß der Generalversammlung mit dem 1. September d. J. für alle beim Haftpflichtversicherungsverein versicherten Landwirte gleichmäßig in Kraft. Die außerordentlich hohen Versicherungssummen dürften jedem Landwirt einen zu jeder Zeit ausreichenden Versicherungsschutz gewähren. Es wurde deshalb seitens der Generalversammlung der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die vom Vorstand festgesetzten Roggenbeiträge, die bei einem derartigen Versicherungsschutz und auch im Vergleiche zu den früheren Friedensprämien äußerst niedrig sind, gern und willig von den Versicherten entrichtet werden.

Leunep, 18. Okt. Die hiesigen Aerzte sehen sich veranlaßt infolge der Heizungs- und Beleuchtungsschwierigkeiten vom 15. Oktober ab ihre Sprechstunden nur noch von 9—11 Uhr vormittags abzuhalten.

Solingen, 18. Okt. Die Mitgliederversammlung der hiesigen Wirteinnung hat einstimmig beschlossen, für die nächsten acht Tage keine gemeinschaftlichen Ausschankpreise festzusetzen, da die Einkaufspreise sich heute täglich ändern. Ein großer Teil der Anwesenden erklärte, zu diesen Preisen kein Bier mehr einzukaufen und den Bierausschank einzustellen. In den ersten Tagen soll eine Klärung herbeigeführt werden. Der Vorstand soll mit den Brauereien sofort in Verhandlungen eintreten, und wenn eine Einigung nicht erzielt werden kann, wird die nächste Versammlung beschließen, den Bierverkauf gänzlich einzustellen.

Elberfeld, 17. Okt. Das Marktgericht auf dem Viehmarkt. Auf dem heutigen städtischen Viehmarkt trat das Marktgericht gegen zwei Viehhändler in Tätigkeit, die für ihre Tiere wucherische Preise gefordert hatten. Gegen einen der Händler wurde auf sechs Wochen Gefängnis und 800 Milliarden Mark Geldstrafe erkannt, auch sollen 12 Stück Großvieh, für die die Preisüberforderung erfolgte, eingezogen werden. Der andere Händler, bei dem das Vergehen milder lag, erhielt einen Tag Gefängnis und 300 Milliarden Mark Geldstrafe. Anstelle von je 10 Milliarden soll im Unvermögensfalle ein Tag Gefängnis treten.

Die neuen Postgebühren.

Ab 20. Oktober.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 20. Oktober an im Post- und Postscheckverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind (in Millionen Mark) folgende:

Postkarten
- im Ortsverkehr . 2
- im Fernverkehr . 4

Briefe im Ortsverkehr
- bis 20 Gr. . . . 4
- üb. 20 bis 100 Gr. . 6
- „ 100 „ 250 „ . 10
- „ 250 „ 500 „ . 12

im Fernverkehr
- bis 20 Gr. . . . 10
- üb. 20 bis 100 Gr. . 14
- „ 100 „ 250 „ . 16
- „ 250 „ 500 „ . 18

Drucksachen
- bis 25 Gr. . . . 2
- üb. 25 bis 50 Gr. . 4
- „ 50 „ 100 „ . 6

Postanweisungen
- bis 100 Mill. . . 3
- „ 500 „ . . 6
- „ 1000 Mill. . . 10
- üb. 100 bis 250 „ . 10
- „ 250 „ 500 Gr. . 12
- „ 500 „ 1 Kgr. . 15

Geschäftspapiere u. Mischsendungen
- bis 250 Gr. . . . 10
- üb. 250 bis 500 Gr. . 12
- „ 500 „ 1 Kgr. . 15

Warenproben
- bis 100 Gr. . . . 6
- üb. 100 bis 250 Gr. . 10
- „ 250 „ 500 „ . 12

Nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert.

Päckchen bis 1 Kg. . 20
- bis 5000 Mill. . . 15
- „ 10000 „ . . 20
- „ 20000 „ . . 40
- bis 20000 Mill. . . . 10
- unbeschränkt 20

Zahlkarten
- bis 100 Mill. . . . 1
- „ 500 „ . . . 2
- „ 1000 „ . . . 3
- „ 5000 „ . . . 4
- „ 10000 „ . . . 5

Für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 5 Millionen Mark für eine Zahlkarte.

Pakete

	1. Zone (bis 75 Km.)	2. Zone (über 75 bis 375 Km.)	3. Zone (über 375 Km.)
	in Millionen Mark		
bis 3 Kilogramm	25	50	50
über 3 bis 5 Kilogramm	35	70	70
„ 5 „ 6 „	40	80	120
„ 6 „ 7 „	45	90	135
„ 7 „ 8 „	50	100	150
„ 8 „ 9 „	55	110	165
„ 9 „ 10 „	60	120	180
usw.		usw.	
„ 19 „ 20 „	160	320	480
Zeitungspakete bis 5 Kilogr.	15	30	30

Auslandsgebühren.

Postkarten	18
nach Ungarn und der Tschechoslowakei	14
Briefe bis 20 Gramm	30
für je weitere 20 Gramm (Meistgewicht 2 Kilogr.)	15
nach Ungarn und der Tschechoslowakei bis 20 Gr.	24
für je weitere 20 Gramm	15
Drucksachen je 50 Gramm	6
Geschäftspapiere je 50 Gramm	6
mindestens	30
Warenproben je 50 Gramm	6
mindestens	12
Postanweisungsgebühr bis 3000 Millionen	30
über 3000 bis 6000 Millionen	60
jede weiteren 6000 Millionen	30
jedoch nach England, den britischen Kolonien und den britischen Postanstalten im Ausland für jede weiteren 6000 Millionen	60

An die Absatzpostanstalten.

Infolge falscher Information ist für einen Teil der der Presse die **Aufnahme** der **Grundzahlen** für die **November-Bezugspreise** in die amtliche Postzeitungsliste **nicht** erfolgt.

Es ist bei der Postbehörde Antrag auf Abänderung bezw. Erhöhung der Grundzahl auch für den „Allgemeinen Anzeiger" gestellt. Die Enscheidung steht noch aus.

Wir bitten mit der Vorbereitung der Einziehung der Bezugsgelder für den „Allgemeinen Anzeiger" so lange zu warten.

Der Verlag.

Kleine Nachrichten.

Abgeordneter Meier Zivilkommissar für Sachsen.

Berlin, 17. Oktober. Die Ernennung des sozialdemokratischen Abgeordneten Meier-Zwickau zum Zivilkommissar des Wehrkreiskommandos 4 ist heute vormittag erfolgt. Meier gehört der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an.

Sozialdemokratie gegen Belagerungszustand.

Berlin, 17. Oktober. Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem militärischen Belagerungszustand und den durch ihn geschaffenen Zuständen in den Einzelstaaten beschäftigt. Er ist dabei einmütig zu der Überzeugung gelangt, daß die schleunige Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes notwendig ist, um im Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten die Rechtsgleichheit wiederherzustellen.

Ein Racheakt.

Braunschweig, 17. Oktober. Der Lokomotivführer Fischer versuchte, den Anwalt Marheine in seinem Bureau zu erschießen. Der Anwalt kam dank glücklicher Umstände mit einem Streifschuß davon. Fischer richtete dann die Waffe gegen sich selbst und brachte sich einen tödlichen Schuß bei. Die Tat stellt sich als Racheakt heraus. Die Frau des Lokomotivführers war nämlich von Dr. Marheine in ihrem Ehescheidungsprozeß vertreten worden, und der Lokomotivführer hatte den Prozeß verloren.

Freisprechung von der Landesverratsanklage.

München, 17. Oktober. Das Volksgericht in Regensburg sprach den Redakteur der Sozialistischen Volkswacht frei, der dreier Verbrechen des Landesverrates und des Verbrechens gegen die bayerische Notverordnung angeklagt war.

Der Bierpreis in Bayern.

München, 17. Oktober. Laut Mitteilung der bayerischen Landespreisstelle beträgt der Bierpreis, ohne gemeindliche Getränkesteuer, ab 19. 10. 23 Vollbier dunkel 266 steigend bis 450 Millionen Mark für Märzenbier pro Liter.

Kommunistenverhaftungen in Posen.

Posen, 17. Oktober. Im Zusammenhang mit den Verhaftungen von Kommunisten in Warschau und anderen Städten hat die Posener Polizei gestern Verhaftungen und Haussuchungen vorgenommen. Zwanzig Personen sind festgenommen worden.

Eisenbahnverkehr vom besetzten ins unbesetzte Gebiet.

Paris, 17. Oktober. Havas berichtet aus Mainz: Zwischen einem Inspektor der Eisenbahnverwaltung in Mannheim und dem französischen Kommando in Ludwigshafen seien Verhandlungen über die Überführung der Eisenbahnzüge vom besetzten ins unbesetzte Gebiet eingeleitet worden. Auch ein Vertreter der deutschen Eisenbahnverwaltung werde in Ludwigshafen mit der französisch-belgischen Regie die Frage des Übergangs der Züge über den Rhein und die Wiederherstellung der Eisenbahnverbindungen zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet unverzüglich besprechen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Der Kampf um das Fideikommiß.** Einen jahrelangen Kampf um das unveräußerliche väterliche Stammgut hatte der jetzt 25jährige Graf Oeynhausen-Sierstorpff zu führen. Er war auf Antrag seines Vaters kurz nach seiner Volljährigkeit entmündigt worden, da ihm und seiner Familie durch seine ungeheuren Ausgaben völliger Ruin drohte. Infolge dieser Entmündigung war der Graf, dessen Majorat zahlreiche Schlösser und das gesamte Bad Driburg umfaßt, in Not geraten. Auch seine Vermählung mit einer Dame der höheren Aristokratie konnte infolge seiner Entmündigung nicht stattfinden. In langem Kampfe gelang es seinem Rechtsbeistand, den Nachweis zu führen, daß die Ausgaben des Grafen nie die regelmäßigen Einkünfte des Grundbesitzes überschritten hatten, und daß sie nur auf die Liebhaberei des Grafen für den Autosport zurückzuführen waren. Außerdem habe er sich in den letzten Jahren durch schwere Arbeit auf einer Domäne in Mecklenburg seinen Lebensunterhalt selbst verdient. Die Entmündigung wurde daraufhin jetzt aufgehoben.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Gehaltsauszahlung an die Beamten.) Wie man erfährt, hat sich das Reichsfinanzministerium entschlossen, in Anbetracht der ungewöhnlichen Steigerung aller Preise auf dem Lebensmittelmarkt die für den 18. d. M. vorgesehene Zahlung an die Beamten und Staatsarbeiter zu verdoppeln. Demnach erhalten die Beamten ein volles Oktobergehalt auf der Grundlage einer Verzehnfachung der am 1. Oktober geleisteten Zahlung abzüglich dieser selbst.

Gleiwitz. (Streikende in Polnisch-Oberschlesien.) Der Streik in Polnisch-Oberschlesien kann als beendet betrachtet werden. Nachdem bereits die ersten Straßenbahnzüge wieder den Verkehr aufgenommen hatten, setzte auch der Eisenbahnverkehr wieder ein. Gestreikt wurde noch vornehmlich im Zentralindustrierevier um Kattowitz. Auf den entfernter liegenden Gruben des Landkreises Kattowitz ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Zur Nachmittagsschicht erschienen im Zentralindustrierevier große Massen von Arbeitern zur Arbeit, und es kann damit gerechnet werden, daß alles wieder seinen geregelten Gang geht.

Ludwigshafen. (Stillegung des Oppauwerkes.) Infolge der Einstellung der Ruhrhilfe ist im Stickstoffwerk Oppau der Badischen Anilin- und Sodafabrik, das seit der Besetzung durch die Franzosen stilliegt, der gesamten Belegschaft gekündigt worden.

London. (Arbeitslosigkeit in England.) Die Zahl der Arbeitslosen betrug nach amtlichen Feststellungen am 9. Oktober 1 251 600, was einen Zuwachs von 5418 Personen gegenüber der vergangenen Woche bedeutet. Die Lebensmittelpreise sind um 75 % gegenüber den Vorkriegspreisen gestiegen.

Börse und Handel.

In tausend Mark **Was kosten fremde Werte?** In tausend Mark

Börsenplätze	17. 10. gesucht	17. 10. angeb.	16. 10. gesucht	16. 10. angeb.
Holland 1 Gulden	2 154 600	2 165 400	1 596 000	1 604 000
Dänemark 1 Kr.	967 575	972 425	718 200	721 800
Schweden 1 Kr.	1 450 365	1 457 635	1 073 310	1 078 690
Norwegen 1 Kr.	849 870	854 130	628 425	631 575
Amerika Doll.*)	5 486 250	5 513 750	4 089 750	4 110 250
England 1 Pfd.	24 937 500	25 062 500	18 453 750	18 546 250
Schweiz 1 Fr.	986 527	991 472	730 170	733 870
Frankreich 1 Fr.	333 165	334 835	259 350	260 650
Belgien 1 Fr.	291 270	292 730	213 496	214 503
Italien 1 Lira	251 370	252 630	184 537	185 462
Tschechien 1 Kr.	163 590	164 410	124 687	125 312
Dt.-Österr. 1 Kr.	77,306	77,694	57,057	57,343
Ungarn 1 Kr.	299,250	300,750	219,450	220,550

*) Nachbörslich Dollar 6,3 Milliarden.

Eine Goldmark = 1 312 797 619 Papiermark, demnach 100 Millionen Papiermark etwa 7⅔ Goldpfennige.

* **Produktenmarkt.** Berlin, 17. Oktober. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse pro 50 Kilogramm ab Station. (Preise in Millionen Mark): Weizen märkischer 9300 bis 9600, schlesischer 9000—9400. Steigend. Roggen märkischer 8400—8900, schlesischer 8300—8800. Steigend. Gerste, Sommergerste, 7500—8000. Steigend. Hafer märkischer 6300—6600. Steigend. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 24 000—28 000. Steigend. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack 23 000—26 500. Steigend. Weizenkleie frei Berlin 2800—3000. Steigend. Roggenkleie frei Berlin 2800—3000. Steigend. Raps 15 000—16 000. Steigend. Viktoriaerbsen 22 000—25 000, kleine Speiseerbsen 17 000—20 000, Rapskuchen 5500—6000, Torfmelasse 30-70 1000—1200.

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter (nichtamtlich). Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Millionen Mark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 400—450, desgl. Haferstroh 300—320, desgl. Gerstenstroh 280—300, Roggenlangstroh 190—200, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 170—190, Häcksel 1250—1450, handelsübl. Heu 250—300, gutes Heu 300—350.

* **Stickstoff gegen Goldanleihe.** Das Stickstoff-Syndikat liefert an Düngerfabriken, Genossenschaften, Handel und Landwirte Stickstoffdünger in ganzen Wagenladungen gegen Goldanleihe zum Nennwert. Um dem Mangel an Goldanleihestücken zu begegnen, nehmen sämtliche Stellen der Reichsbank Beträge, die zur Bezahlung von Stickstoff bestimmt sind, an, wandeln sie zum Kurs des Zahlungstages um und schreiben die Goldanleihebeträge dem Stickstoff-Syndikat gut.

* **Ermäßigung des Goldzollaufgeldes.** Für die Zeit vom 20. bis 23. Oktober 1923 einschließlich beträgt das Goldzollaufgeld 93 599 999 900 % (eine Goldzollmark gleich 936 Millionen Papiermark) gegen 107 999 999 900 % vorher.

* **Der Goldumrechnungssatz für Reichssteuern beträgt für die Zeit vom 20. bis 23. Oktober 1923 einschließlich 936 Millionen für je eine Goldmark.**

* **Ermäßigung der Zementpreise.** Infolge Ermäßigung der Goldmarkpreise für Kohle hat der Reichswirtschaftsminister den Zementhöchstpreis von 525 Goldmark für je 10 000 Kilogramm mit Wirkung ab 17. Oktober 1923 auf 450 Goldmark herabgesetzt, nachdem der Höchstpreis in der letzten Woche bereits um 30 Goldmark ermäßigt worden war.

* **Der Danziger Zwischengulden** ist gleich 1/25 Pfund Sterling englischer Währung, der Pfennig ist gleich 1/100 Gulden. Die Reichsmark bleibt weiterhin gesetzliches Zahlungsmittel. Es ist gestattet, Rechtsgeschäfte aller Art in Gulden und Pfennig einzugehen. Dem Einzelhandel ist es verboten, Preise in anderen Rechnungseinheiten als in Papiermark oder in Gulden auszuzeichnen oder Bezahlung in anderen Zahlungsmitteln als Reichsmark oder Gulden zu verlangen. Notgeld usw. wird eingezogen.

* **Russisches Goldrubelporto nach dem Ausland.** Das Volkskommissariat für die Postverwaltung führte vom 15. Oktober ab für die Korrespondenz nach dem Ausland die Goldrubelrechnung ein.

Patentbericht

mitgeteilt vom Patent-Büro Konrad Köchling, Hagen i. W. Bürohaus Concordiastr., Fernsprecher 3486.

a. Patente. Fa. Fr. Dörscheln, Lüdenscheid, Verfahren zur Isolierung von Schaltergehäusen. —

b. Gebrauchsmuster. Wilh. Schröder, Lüdenscheid, Sicherheitsvorrichtung zur Befestigung von Holzriemenscheiben jeder Art. — Fabrik elektr. Koch- Brat- und Heizapparate Hugo Schiffer & Dr. Wunderlich, Lüdenscheid, Hohlstecker. — Wilh. Schröder & Co., Lüdenscheid, Kokille zum Gießen von Aluminiumhaushaltungsartikeln und Kinderspielzeug in dünnwandiger Ausführung. — Weiß & Welge, Lüdenscheid, Löffel mit buntfarbigen Figuren. —

Berlin, 18. Okt. An der heutigen Börse notierte der Dollar 8 196 600 000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i Westf.

M.-G.-V. „Arion“ Halver

Protektor: Fabrik. Herr Benno Sippel, Chorleiter: Musikd. Herr E. Hansen-Elberf.

Sonntag, den 21. Oktober 23
5 Uhr nachmittags,
im Saale „Haus zur Fuhr“

2. Haupt-Konzert.

Ausführende:
Frau Elena Marx-Wolf Elberfeld, Sopran
Zither-Quartett Elberfeld (Kammer-Musik)
Herr Paul Marx-Elberfeld . Klavier
Quartett-Verein „Rheingold“ U.-Barmen
Männer-Gesang-Verein „Arion“ Halver.
Stuhlreihen. Kein Ausschank.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Eine Frage ?

die eigentlich keiner Erörterung bedarf, ist die: Wo inseriere ich am zweckmäßigsten? Selbstredend in dem Allgemeinen Anzeiger und dem Schalksmühler General-Anzeiger.

Wir liefern für unbesetzt. Gebiet ab Lager u. ab Werk:

Halbzeug-
Formeisen
T- u. U-Eisen
Bauschinen
Stabeisen
Moniereisen
Bandeisen
Universaleisen
Walzdraht
Bleche
schwarz u. verzinkt
Oberbaumaterial
Grubenschienen
Röhren-Fittings

Lagerlisten auf besondere Anforderung!

Einsendung von Bedarfsspezifikationen erbeten!

Gebr. Röchling, Hamm (Westf.)
Bureau und Lager: Maximilian bei Hamm.
Fernruf: Hamm 1881, 1882, 1883. Unna 447.
Telegramm-Adresse: Montanröchling Hamm (Westf.)

Die hervorragendsten Instrumente und Künstlerplatten
‚Grammophon‘
unübertroffene Weltmarke
Spezialvertreter:
Roth & Junius,
Hagen i. W., Bahnhofstraße 29.



Zu Goldmarkpreisen

liefert sofort und vorteilhaft: 1355

— Leder —

in Hälften, Coupon und Ausschnitt, Gummiabsätze, Sohlen u. Sohlenplatten „Continental“ u. „Mittelland“ Sohlennägel, Täckse und sämtl. Stifte, Stoß- und Absatzeisen Marke „Braja“, Hämmer, Zangen, Raspen, Dreifüße, Arbeitsständer, sowie alle anderen Werkzeuge, Schuhcremen und Appreturen in allen Farben, Garne, Zwirne, Glaspapier, Oesen und Agraffen.

Turnschuhe
mit Gummi- und Chromledersohle
:-: in allen Größen und Farben. :-:
Spezialität:
fertige Kernlederabsätze.

Theod. Becker,
Spezialgeschäft und Versandhaus für alle Schuhmacher Bedarfsartikel,
Kierspe-Bahnhof i. W.
Hauptstr. Nr. 229.
Telefon: Amt Meinerzhagen Nr. 72.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir
Nadelholzbestände
aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen
Körtemann & Co., Holzhandlung Hagen i. W.
Fernruf 1897 und 3965

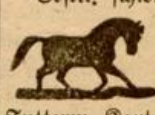
Ein gut erhaltener
Brackwagen
mit Verdeck und Bänken zu verkaufen oder gegen Lebensmittel zu tauschen.
Albert Pitten,
Hagen i. W.
Wilhelmstr 2 Tel 1764

Tausch!
Gebr. gut erh. Herd 1,50×0,83 Mtr. gegen Lebensmittel, Schwein etc.
W. Röhle, Hagen
Arndtstraße.

Die erhöhten Unterstützungen bezw. Zusatzrenten für Sozialrentner, Kleincentner, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene können vom 22. Oktober bis 1. November ds. Js. in Empfang genommen werden
Halver, 17. Okt 23.
Der Amtmann.

Hiesiges Werk sucht für einen Angestellten
möbl. Zimmer
möglichst mit voller Pension gegen zeitgemäßer Vergütung
Offerten unt. X 500 an die Gesch. d. Allgem. Anzeigers Halver erbeten.


Gut genährte
Schlachtpferde
werden zu konkurrenzlosen Preisen angekauft Bei Unglücksfällen Transportwagen zur Verfügung. Auch Nachts telefonisch zu erreichen.
Roßschlächterei
Albert Pitten,
Hagen i. W
Wilhelmstr 2 Tel 1764.

Erstkl. schw.

Pferd
gegen Futterm, Kartoffeln, Kuh, Schwein zu vertauschen.
Rob. Nievlay,
Schwelm.